



Forderungen zur Zukunftsagenda - für Gesundheit, Partizipation und Gemeinwohl

Forderungen zur Zukunftsagenda – für Gesundheit, Partizipation und Gemeinwohl

Vorwort

Die Neustart! Zukunftsagenda – für Gesundheit, Partizipation und Gemeinwohl steht für einen Paradigmenwechsel hin zu einem echten Gesundheits-System. Die Neustart! Zukunftsagenda will Orientierung für eine Politik der langen Linien geben, die verlässlich in diese Richtung steuert. Dazu ist eine Fülle von großen und kleinen, einfacheren wie komplexen Veränderungen erforderlich in vielen, wenn nicht gar allen Bereichen des Gesundheitssystems und darüber hinaus.

Die Forderungen für einen Neustart! im Gesundheitswesen zeigen auf, womit jetzt begonnen werden kann. Weitere Ansätze werden mit neuen Erkenntnissen und Einsichten hinzukommen. Das vorliegende Forderungspapier versteht sich daher als lebendes Dokument, das kontinuierlich weiterentwickelt wird.

neustart-fuer-gesundheit.de

Robert Bosch Stiftung GmbH

Stand, Stuttgart, November 2021

Primärversorgung stärken mit flächendeckender Einführung von Primärversorgungszentren nach dem PORT-Modell

Die flächendeckende Einführung von Primärversorgungszentren nach internationalem Vorbild bzw. dem PORT-Konzept ist aktuell noch mit erheblichen Rechtsunsicherheiten verbunden. Regulatorischer Handlungsbedarf besteht daher insbesondere in den folgenden Bereichen:

- **Primärversorgung sozialgesetzlich verankern:** als eine eigenständige kooperative und multiprofessionelle Versorgungsform im SGB V sowie in den nachgeordneten Vertragswerken.
- **Case Management sichern:** sowohl die Koordinierung für individuelle Patientenbegleitung entlang des Versorgungskontinuums als auch die Koordinierung des regionalen Gesundheitsnetzwerks des Zentrums erfordern eine regelhafte Finanzierung.
- **Community Health Nurse als Schlüsselrolle einführen:** die anspruchsvolle Koordinierung sollte durch Pflegefachkräfte mit Master-Abschluss erfolgen. Für ihren wirksamen Einsatz in der Primärversorgung ist eine berufsrechtlich geregelte Heilkundeübertragung als ergänzende Form der bestehenden Regelversorgung notwendig.
- **Fallkonferenzen unterstützen:** in Anlehnung z. B. an die Tumor-Boards müssen komplexe Patientensituationen auch in den Primärversorgungszentren im interprofessionellen Team besprochen werden können und eine angemessene Vergütung erfahren.
- **Modelle der integrierten Versorgung erleichtern:** durch eine höhere Standardisierung von sektorenübergreifenden (Selektiv-)Verträgen zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern verschiedener Versorgungsebenen.

Kommunen und Regionen zur Übernahme von Verantwortung für die Gesundheitsversorgung befähigen

Bundeseinheitliche Vorgaben können den lokalen und regionalen Bedürfnissen und Erwartungen an die Gesundheitsversorgung nicht ausreichend gerecht werden. Eine Erweiterung der Kompetenzen von Kommunen bei der örtlichen Gesundheitsversorgung und Dezentralisierung der Bedarfsplanung wäre förderlich für eine qualitativ hochwertige Versorgung in der Fläche.

- **Rechtliche Stärkung der kommunalen und regionalen Handlungsfähigkeit:** aktuell können Kommunen und Regionen die örtliche Gesundheitsversorgung nur bedingt mitgestalten. Es bedarf daher einer Änderung des Grundgesetzes oder einer Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten der Länder im Rahmen des SGB V. Nur so können Regionen sowie Stadt- und Landkreise mehr Autonomie und Verantwortung in der regionalen Gestaltung, Planung und Steuerung der Gesundheitsversorgung erhalten.
- **Erhebung aussagekräftiger Daten:** eine wirksame öffentliche Gesundheitspolitik ist zwingend auf verlässliche Informationen angewiesen. Nach internationalem Vorbild sollten auf lokaler und regionaler Ebene systematisch Daten zur Gesundheitsversorgung erhoben werden, um regionale Qualitätsunterschiede und Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung aufzudecken und dann beheben zu können.
- **Qualitätsvergleiche ermöglichen:** anhand internationaler Vorbilder freiwillige Qualitätsvergleiche anstoßen auf Grundlage gemeinsam entwickelter Parameter und zur Verfügung gestellter Daten.
- **Entwicklung neuer Governance- und Anreizmodelle:** zur dauerhaften Anhebung der Versorgungsqualität einer Region bedarf es Initiativen und Anreize zur stetigen Weiterentwicklung. Hierzu sollte ein gesetzlicher Auftrag zur Sammlung, Aufarbeitung und Veröffentlichung von Daten zur regionalen Versorgungsqualität verabschiedet werden.

neustart-fuer-gesundheit.de/veroeffentlichungen

optimedis.de/zukunftskonzept

Nationales Zentrum mit Verantwortung für öffentliche Gesundheit einrichten

Das deutsche Gesundheitssystem weist erhebliche institutionelle Mängel in den Bereichen Prävention, soziale Gesundheit und Krisenmanagement auf. Ein starkes nationales Zentrum sollte als fachliche Leitstelle für den öffentlichen Gesundheitsdienst dienen sowie als unterstützende Instanz regionaler Qualitätsvergleiche und vernetzende Einrichtung fungieren.

- **Unterstützung der Regionen auf Bundesebene:** als zentrale Institution und Bindeglied zwischen den verschiedenen autonomen Institutionen im deutschen Gesundheitssystem sollte das nationale Zentrum transparente fachliche Beratung leisten und die Abstimmung im nationalen und internationalen Kontext verantworten. Die neuen Strukturen des Zentrums sollten dabei den zukünftigen Stellenwert von öffentlicher Gesundheit verkörpern sowie innovative Versorgungskonzepte und Versorgungsforschung fördern.
- **Überwindung von Partikularinteressen durch zentrale Leistungsbewertung des Gesundheitssystems:** Basierend auf den Erfahrungen internationaler Vorbilder sollte das nationale Zentrum Entscheidungsprozesse aller Beteiligten und Verantwortlichen im Gesundheitssystem auf verschiedenen Ebenen unterstützen. In diesem Zusammenhang sollte sich die Leistungsmessung an den Kategorien Multidimensionalität, evidenzbasierte Datenerhebung, systematisches Benchmarking der Ergebnisse, gemeinsames Design, transparente Offenlegung und Aktualität orientieren.

Mögliche Optionen zur Schaffung eines nationalen Zentrums für Gesundheit

- **Option 1 – Nationales Zentrum als Stiftungsmodell:** das Zentrum entsteht als Stiftung, die sehr stark aus öffentlichen Mitteln gefördert wird. Sie muss über eine gesicherte finanzielle Grundlage verfügen, die ihr maximale Unabhängigkeit sichert.
- **Option 2 – Nationales Zentrum als Gesundheitsamt 2.0:** der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) wird durch neue Aufgaben und mehr Kompetenzen in Form einer nachgeordneten Bundesbehörde gestärkt. Der ÖGD muss in diesem Zusammenhang befähigt werden, sich kontinuierlich weiterzuentwickeln, ein breites Themenspektrum abzudecken und über die bestehenden Strukturen hinweg Netzwerke zu bilden.

Menschen befähigen – Gesundheitskompetenz stärken

Gesundheitskompetenz ist ein wesentlicher Baustein zur Erhaltung und Wiederherstellung von Gesundheit und hilft dabei, trotz Erkrankungen gut zu leben. Es bedarf daher einer systematischen und institutionalisierten Vorgehensweise zur Förderung von Gesundheitskompetenz in Deutschland.

- **Gesundheitskompetenz vorantreiben:** ein Nationaler Aktionsplan Gesundheitskompetenz liegt vor. In sieben Strategiepapieren sind Empfehlungen für verschiedene Zielgruppen und Handlungsfelder konkretisiert und vertieft. Diese müssen konsequent umgesetzt werden.
- **Gesundheitskompetenz finanzieren:** Maßnahmen müssen abgerechnet werden können. Mögliche Anknüpfungspunkte sind z. B. die Prävention (§ 20 SGB V), die Selbsthilfe (§ 20h SGB V) und Patientenschulungen (§ 43 SGB V) oder eine eigene Verankerung von Gesundheitskompetenz in der Sozialgesetzgebung.
- **Gesundheitskompetenz institutionalisieren:** Gesundheitskompetenz braucht Zuständigkeit und Verantwortlichkeit, etwa durch eigens bestimmte Abteilungen und Verantwortliche im Bundesgesundheitsministerium, bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung oder bei einer neu zu schaffenden Institution („Nationales Zentrum für Öffentliche Gesundheit“).

nap-gesundheitskompetenz.de

Community Health Nursing als neues Schlüsselprofil einer gestärkten Primärversorgung etablieren

International ist Community Health Nursing ein bewährtes Konzept. Für eine Stärkung der Primärversorgung in Deutschland ist die Etablierung von Community Health Nurses ein Schlüsselement. Eine vollumfängliche Etablierung erfordert eine adäquate gesundheitspolitische Weichenstellung:

- **Leistungserbringer im SGB V:** als solche müssen Community Health Nurses genannt und etabliert werden.
- **Neues heilberufliches Ausbildungsgesetz auf Bundesebene:** dadurch muss der Anforderung an eine Qualifizierung zum Community Health Nursing auf Master-Niveau Rechnung getragen werden.
- **Erlaubnis zur selbständigen Ausübung von Heilkunde:** für diese Funktion in der primärmedizinischen Versorgung braucht es rechtliche Sicherheiten, welche durch gesetzliche Regelungen auf Bundesebene zu gewährleisten sind.
- **Überführung in die Regelversorgung:** muss langfristig für das Community Health Nursing angestrebt werden.

dbfk.de/de/themen/Community-Health-Nursing.php

bosch-stiftung.de/de/publikation/community-health-nursing

Interprofessionelle Zusammenarbeit im Gesundheitswesen verbindlich gestalten

Eine gute Kooperation der Gesundheitsberufe, um bestmögliche Ergebnisse beim Patienten zu erreichen, wird immer wichtiger in einem komplexen und zunehmend digitalisierten Versorgungsgeschehen und muss für alle Beteiligten selbstverständlich werden.

- **Feste Verankerung von interprofessionellen Lehr- und Lernkonzepten:** in der Aus- und Fort- und Weiterbildung der Gesundheitsberufe, also in den Approbationsordnungen und im Gesundheitsberufegesetz.
- **Rahmenbedingungen für eine Stärkung der interprofessionellen Kooperation schaffen:** Behandlungs- und Therapiepläne gemeinsam ausarbeiten und für ihr Ineinandergreifen sorgen, Methoden wie „Shared Decision Making“ vermehrt einsetzen, Vergütung von multiprofessionellen Fallkonferenzen.
- **Alte Zöpfe abschneiden und Vokabeln wie Delegation und Substitution aufgeben:** Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Gesundheitsberufe sollten im Hinblick auf ihren Beitrag im Versorgungsgeschehen neu geordnet werden, um das Potenzial aller Gesundheitsberufe bestmöglich ausschöpfen zu können.

[bosch-stiftung.de/de/publikation/
interprofessionelles-lehren-und-lernen-deutschland-entwicklung-und-perspektiven](https://bosch-stiftung.de/de/publikation/interprofessionelles-lehren-und-lernen-deutschland-entwicklung-und-perspektiven)

[bosch-stiftung.de/de/publikation/interprofessionelle-ausbildungsstationen-ein-
praxisleitfaden](https://bosch-stiftung.de/de/publikation/interprofessionelle-ausbildungsstationen-ein-praxisleitfaden)

Dauerpflegenotstand beenden und Potenziale der Pflegeberufe heben

Der Dauerpflegenotstand beeinträchtigt die Qualität der Gesundheitsversorgung und ist zugleich unwirtschaftlich, vor allem in einer zunehmend alternden Gesellschaft. Der bestehende Fachkräftemangel erfordert eine Kursänderung zu einer nachhaltigen Professionalisierung, um die breite Kompetenz der Pflegeberufe besser zu nutzen und weiterzuentwickeln:

- **Akademisierung ernsthaft vorantreiben:** mit der Einrichtung einer ausreichenden Zahl von Studienplätzen, die eine Akademisierungsquote von 20% ermöglichen. Primärqualifizierende Studiengänge brauchen eine Finanzierung der Praxisanteile.
- **Erweiterte Aufgaben für die Pflege:** auf Grundlage internationaler Vorbilder vor allem im Bereich der Primärversorgung und in der Betreuung chronisch kranker Menschen.
- **Mit- und Selbstbestimmung der Pflege fördern:** Einrichtung und Erhalt von Pflegekammern sollten von den Verantwortlichen in Bund und in den Ländern unterstützt werden. Zudem sollte die Pflege Stimmrecht im Gemeinsamen Bundesausschuss erhalten.

bosch-stiftung.de/de/publikation/mit-eliten-pflegen

bosch-stiftung.de/de/publikation/pflege-kann-mehr

Impressum

Herausgegeben von der

Robert Bosch Stiftung GmbH
Heidehofstraße 31, 70184 Stuttgart
www.bosch-stiftung.de

Kontakt in der Stiftung

Irina Cichon
Telefon +49 711 46084-139
irina.cichon@bosch-stiftung.de

Copyright 2021

Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart
Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung

siegel konzeption | gestaltung, Stuttgart

[bosch-stiftung.de](https://www.bosch-stiftung.de)